

ANTRAG

der Fraktion der NPD

„Masterplan“ ist Plünderplan - IWF-Forderungen nach gemeinsamer Schuldenhaftung, Euro-Bonds und einem europäischen Zentralstaat eine klare Absage erteilen - Euro-Zone endlich den Rücken kehren

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der jüngst vom Internationalen Währungs-Fonds (IWF) vorgelegte „Masterplan“ in der Konsequenz nur abgelehnt werden kann,
 - a) weil durch die geplante gemeinsame Schuldenhaftung der Euro-Staaten der Weg für die Einführung von Euro-Bonds bereitet würde, was eine weitere Belastung des deutschen Haushalts bzw. der deutschen Steuerzahler zur Folge hätte,
 - b) weil das vom IWF geplante Bankenkonzept durchaus die Möglichkeit eröffnet, die europäischen Sparer erneut in Haftung zu nehmen,
 - c) weil mit den weiteren vom IWF geplanten Maßnahmen (Fiskal-Union mit „zeitweisem Fiskaltransfer“, eigenes Budget für den Euroraum, zentral gelenkte Haushaltsaufsicht, gemeinsame Arbeitslosen-Versicherung) ein Euro-Zentralstaat angestrebt wird, in dem die nationalen Parlamente endgültig in die Rolle bloßer Statisten gedrängt würden und der über keinerlei demokratische Legitimation verfügt,
 - d) weil in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland mit dem Plan Erwartungen hervorgerufen werden, die sie aufgrund ihrer hohen Staatsverschuldung nicht erfüllen kann.
2. Vor diesem Hintergrund ergreift die Landesregierung im Bundesrat eine Initiative, die das Ziel hat, einen Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland aus der Euro-Währungsunion zu vollziehen.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Unmittelbar nach der Bundestagswahl vom 22. September 2013 trat der Internationale Währungs-Fonds (IWF) mit einem „Masterplan“ an das Licht der Öffentlichkeit. Der Forderungskatalog war in Washington bereits am 23. September d. J. und zwei Tage darauf im EU-Raum verfügbar.

Vorgesehen sind laut „Masterplan“ des IWF neben einer Fiskal-Union mit einem „zeitweisen Fiskal-Transfer“ eine zentral gelenkte Haushaltsaufsicht, ein eigenes Budget für den Euro-Raum und eine gemeinsame Arbeitslosen-Versicherung. Kernforderung im IWF-Plan ist indes „die Vergemeinschaftung der bestehenden Schulden“. Zu diesem Zweck verlangt der IWF eine „gemeinsame Schuldenaufnahme“, was praktisch der Einführung von Euro-Bonds gleichkommt.